



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: andreas.schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 12.02.2014

Niederschrift

über die **33. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 10.02.2014, 15:00 Uhr bis 16:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efan Kara	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE
Herr Jörg Uckermann	pro Köln in Vertretung für Herrn Wiener

Sachkundige Bürgerin

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka	SPD
Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Hauser	auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP
Herr Stephan Wieneritsch	FDP
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
---------------------	-----------

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

Herr Ralf Droske

Vertreter/innen der Dienststellen 51, 66, 67

Schriftführer

Herr Andreas Schmitz

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Markus Wiener	pro Köln
--------------------	----------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Christel Tank	pro Köln
Herr Patric Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Helmut Metten	GRÜNE

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers
0105/2014

1 Mitteilungen

1.1 Broschüre "Natur erleben und Umweltbildung in Köln"
0139/2014

1.2 Jahresbericht des Ausschusses
0288/2014

1.3 Parken im Bereich des Tanzbrunnens im Rheinpark

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Sachstand Bürgereingabe Siedlung Egonstraße

2.2 Schriftliche Anfragen

**3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

3.1 Anregung nach § 24 GO: Energiewende ohne Fracking (02-1600-50/13)
2978/2013

3.2 Beschwerde nach § 24 GO: Beitragstabelle Elternbeitrag für die Kinderbetreuung
0048/2014

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

**6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers 0105/2014

Herr Thelen dankt Herrn Droske für seine Arbeit als Schriftführer des Ausschusses. Der Ausschuss habe sich hervorragend betreut gefühlt. Besonders hebt er sein Engagement im Bereich des Bürgerservices hervor.

Herr Dr. Höver stellt den neuen Schriftführer Herrn Schmitz vor und betont, dass er durch seine langjährige Arbeit im Bürgeramt Ehrenfeld ebenfalls viele Erfahrungen im Bereich des Bürgerservices sammeln konnte.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bestellt ab sofort bis zum Ende der Wahlperiode 2014 Herrn Andreas Schmitz zum Schriftführer des Ausschusses.

In Abänderung des Beschluss vom 17.05.2010 wird Herr Ralf Droske zum stellvertretenden Schriftführer ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1 Mitteilungen

1.1 Broschüre "Natur erleben und Umweltbildung in Köln" 0139/2014

Kenntnis genommen.

1.2 Jahresbericht des Ausschusses 0288/2014

Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.

Herr Thelen bittet um Sachstandsmitteilung zur Eingabe „Verkehrsbelastung in der Vorgebirgsstraße“. Die Verwaltung hat eine Beschlussvorlage zur Sitzung zugesagt.

Herr Rothe, Amt für Straßen- und Verkehrstechnik, teilt mit, dass sich die Beschlussvorlage noch im Mitzeichnungsverfahren befindet und zur Sitzung am 07.04.2014 eingebracht wird.

1.3 Parken im Bereich des Tanzbrunnens im Rheinpark

Herr Rothe, Amt für Straßen- und Verkehrstechnik, erläutert die Planungen der Verwaltung zur Parkraumbewirtschaftung im Umfeld des Tanzbrunnens. Die im Bereich der ehemaligen Busschleife vorhandene Parkraumbewirtschaftung wird aufgelöst, wenn eine Lösung für die Neugestaltung der Fläche hinter der ehemaligen Hochwasserschutzwand gefunden wird. Die Neugestaltung wird in Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt im Zuge der Errichtung des Rheinboulevards erfolgen. Zur Parksituation auf dem Tanzbrunnengelände könne er leider keine Aussage treffen, da hier keine Stellungnahme der zuständigen Beteiligungsverwaltung vorliege.

Herr Fischer, Bündnis 90/Die Grünen, kritisiert die fehlende Stellungnahme der Verwaltung zur Parksituation auf dem Tanzbrunnengelände. Diese sei der eigentliche Kritikpunkt in der letzten Sitzung gewesen. Die Parkraumbewirtschaftung außerhalb des Tanzbrunnens sei für ihn nicht von Interesse. Er verweist in diesem Zusammenhang auf sein Schreiben an den Oberbürgermeister, in welchem er eine Auskunft über die Rechtsgrundlage des Parkens auf dem Tanzbrunnengelände erhalten wollte. Dieses Schreiben sei seit einem Jahr unbeantwortet. Eine gleichlautende Anfrage der BV 1 sei ebenfalls seit über zwei Jahren unbeantwortet. Aus seiner Sicht sei das Parken auf dem Tanzbrunnengelände rechtswidrig.

Herr Kretschmer, Bündnis 90/Die Grünen, führt ergänzend aus, dass der Tanzbrunnen laut den vorliegenden Plänen zum dortigen Landschaftsschutzgebiet gehöre.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, merkt an, dass die Ausführungen von Herrn Rothe Gegenstand der offenen Fragen zum Tanzbrunnengelände gewesen sind. Dem Thema wird nunmehr innerhalb des Dezernates für Stadtentwicklung höhere Priorität zugemessen. Seit der letzten Ausschusssitzung hat die Verwaltung nichts unversucht gelassen, um Stellungnahmen aller betroffenen Dienststellen zu erhalten. Leider ist dies nicht gelungen. Den zuständigen Dezernenten wird die Verärgerung des Ausschusses nochmals mitgeteilt.

Herr Schneider, SPD, kritisiert den Umgang der Verwaltung mit ehrenamtlich tätigen Politikern. Der Ausschuss sollte zielführend aktiv werden, notfalls durch Einschaltung des Oberbürgermeisters.

Herr Dr. Höver weist darauf hin, dass ähnliche Probleme in den Bezirksvertretungen durch Herrn Stadtdirektor Kahlen mit dem Prinzip „3 Ecken ein Elfer“ gelöst wurden. Damit ist sichergestellt, dass bei dreifach unbefriedigender Beantwortung von Fragen, die Stellungnahme persönlich durch den zuständigen Dezernenten erfolgt.

Herr Kretschmer, Bündnis 90/Die Grünen, schlägt eine Einsichtnahme in den Pachtvertrag mit Köln-Kongress im nichtöffentlichen Teil der nächsten Sitzung vor. Parallel hierzu sollte der AVR mit der Klärung der rechtlichen Situation beauftragt werden.

Herr Hauser, Bündnis 90/Die Grünen, unterscheidet zwischen einer Nichtbeantwortung aufgrund von Organisationsschwierigkeiten und einer Nichtbeantwortung bei Vorliegen eines offensichtlichen Rechtsbruchs. Bereitstellung von Parkraum in einem Landschaftsschutzgebiet sei rechtswidrig. In diesem Fall sei die Verwaltung zu einer Klärung verpflichtet.

Herr Dr. Höver teilt ergänzend mit, dass ihm mitgeteilt wurde, dass eine Stellungnahme des Dezernates II in Vorbereitung ist. Falls diese nicht ausreiche, müsse nach dem o.g. Prinzip die Beantwortung durch die zuständige Dezernentin erfolgen.

Herr Schneider, SPD, spricht sich für die Einladung der Kämmerin aus. Dies sei aber nicht ausreichend, da man sich im Bereich eines Rechtsverstößes bewege. Er bittet die Verwaltung nachdrücklich um die Vorlage einer Stellungnahme zur nächsten Sitzung. Er sei über die Handlungsweise der Verwaltung massiv verärgert.

Der Ausschuss fordert einstimmig die Beteiligungsverwaltung der Kämmerei, sowie die zuständigen Dezernenten für Recht, Finanzen und Umwelt auf, die Fragen in der nächsten Sitzung persönlich zu beantworten.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Sachstand Bürgereingabe Siedlung Egonstraße

Herr Thelen erkundigt sich nach dem Sachstand zur Bürgereingabe „Erhalt der Siedlung Egonstraße“.

Herr Droske, Bürgeramt Innenstadt, teilt mit, dass die Bürgereingabe von der Geschäftsstelle des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen wurde. Die Petenten wurden schriftlich informiert, dass die Maßnahmen zum Abriss der Häuser bis auf weiteres zurückgestellt wurden. Eine Beratung im Ausschuss konnte bisher nicht erfolgen, da noch komplexe bauplanungsrechtliche Prüfungen vorzunehmen sind. Ein Zeitpunkt der Vorlage kann noch nicht genannt werden.

Herr Schneider, SPD, merkt an, dass sowohl der zuständige Bezirksbürgermeister wie auch das örtliche Ratsmitglied sich der Sache angenommen haben und mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt stehen. Aufgrund der ausstehenden baufachlichen Prüfung könne der Ausschuss zum jetzigen Zeitpunkt keinen Beschluss fassen.

Herr Zimmermann, Deine Freunde, gibt zu bedenken, dass die Petition dem Ausschuss bisher nicht bekannt ist. Er bittet die zuständigen Ratsmitglieder dieses Thema in den Liegenschaftsausschuss einzubringen.

Herr Löwisch, Die Linke, schlägt vor, die Eingabe in der Sitzung am 07.04.2014 zu behandeln, da aufgrund der Kommunalwahl die folgende Ausschusssitzung nicht vor September 2014 stattfindet.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung, eine Beschlussvorlage zur Sitzung am 07.04.2014 einzubringen.

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Anregung nach § 24 GO: Energiewende ohne Fracking (02-1600-50/13) 2978/2013

Die Petenten haben sich entschuldigt.

Herr Thelen äußert sein Bedauern über die Abwesenheit der Petenten.

Für die RheinEnergie nehmen Herr Dr. Kaupe und Herrn Dr. Dienhardt ausführlich Stellung zu dieser Bürgereingabe.

Herr Kretschmer, Grüne, unterstützt die Auffassung der Verwaltung und den Beschlussvorschlag. Er begrüßt, dass es in Köln kein Potential für Fracking gebe. Aktuelle Meldungen aus den USA würden zeigen, dass auch dort kaum noch Investoren für diese Fördermethode zu finden seien.

Herr Löwisch, Die Linke, fragt nach, ob geologische Auswirkungen des Frackings bekannt seien und ob es Erfahrungswerte aus anderen Staaten gebe.

Die RheinEnergie führt aus, dass es bisher nur wenige Erkenntnisse über die Auswirkungen des Frackings gebe. Bisher sei kein Fall bekannt, der zu Schädigungen des Grundwassers geführt habe. Das Thema müsse langfristig betrachtet werden.

Herr Pohl, CDU, gibt ebenfalls zu bedenken, dass das Thema langfristig betrachtet werden müsse. Auch wenn diese Fördermethode zum heutigen Zeitpunkt abzulehnen sei, gebe es möglicherweise in 20 Jahren umweltfreundliche Fracking-Methoden.

Herr Florian, SPD, fragt nach, ob es Beteiligungen der RheinEnergie an Energieunternehmen im norddeutschen Raum gebe. Hier sei laut Aussage der RheinEnergie Fracking im Bereich des Möglichen.

Die Vertreter der RheinEnergie verneinen dies.

Herr Schneider, SPD, spricht sich ebenfalls für den Beschlussvorschlag aus. Er regt an, dass Politik und Verwaltung frühzeitig über eine Änderung der Beteiligungspolitik der RheinEnergie informiert werden.

Herr Thelen bringt folgenden Ergänzungsvorschlag ein:

Sollte sich die Geschäftspolitik der RheinEnergie im Hinblick auf Fracking ändern, sollen Politik und Öffentlichkeit rechtzeitig informiert werden.

Der Ausschuss bedauert die Abwesenheit der Petenten. Aufgrund der ausführlichen Stellungnahme der RheinEnergie und der ausführlichen Diskussion der Ausschussmitglieder wäre die Anwesenheit der Petenten angemessen gewesen.

Frau Domke, FDP, bittet zukünftig um genaue Überprüfung der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit.

Die Verwaltung (Herr Dr. Höver und Herr Droske) teilt mit, dass diese ausführlich geprüft wurde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe und der Verwaltung für die ausführlichen Informationen.

Der Ausschuss unterstützt die Entscheidung der Landesregierung, dass zunächst alle relevanten Umwelt- und Sicherheitsfragen geklärt und Chancen und Risiken sorgfältig abgewogen werden müssen, bevor eine Entscheidung zur Zukunft des Fracking getroffen werden kann.

Sollte sich die Geschäftspolitik der RheinEnergie im Hinblick auf Fracking ändern, sollen Politik und Öffentlichkeit rechtzeitig informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit Ergänzung einstimmig zugestimmt.

3.2 Beschwerde nach § 24 GO: Beitragstabelle Elternbeitrag für die Kinderbetreuung 0048/2014

Der Petent nimmt ausführlich Stellung zu seiner Eingabe.

Für die Verwaltung nehmen Frau Krauel und Herr Brüggem vom Amt für Kinder, Jugend und Familie Stellung. Aufgrund des Ratsbeschlusses zur Einführung weiterer Einkommensstufen, wurden die betroffenen Eltern mit der Aufforderung zur Abgabe einer neuen Einkommenserklärung angeschrieben. Für die Zuordnung in die höchste Einkommensstufe wurden aus datenschutzrechtlichen Gründen keine detaillierten Einkommensnachweise verlangt. Ca. 4000 von 31.000 Eltern haben erklärt, dass sie den beiden höchsten Einkommensstufen angehören. Von den 2000 Eltern, die erklärt haben der höchsten Stufe (Einkommen über 100.000 € brutto) anzugehören, haben ca. 500 Eltern detaillierte Einkommensangaben abgegeben. Weitere Daten wurden nicht erhoben. Aufgrund der Zahlen bestätigt sich die Prognose der Verwaltung über die zu erwartenden Mehreinnahmen. Die Einführung weiterer Einkommensstufen bedeute einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand.

Herr Schneider, SPD, kritisiert die nachträgliche Vorlage der genannten Zahlen. Es wäre für die Sitzungsvorbereitung wünschenswert gewesen, wenn diese eher vorgelegen hätten. Er spricht sich für die Petition aus und regt an das Thema in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Dort soll eine detaillierte Darstellung der Kosten- und Nutzenrechnung für die Einführung zusätzlicher Einkommensstufen vorgelegt werden.

Herr Fischer, Grüne, spricht sich aufgrund der vorgelegten Zahlen für eine zusätzliche Differenzierung der Beitragsgruppen aus. Allerdings sollte dies vor dem Hintergrund einer gesunden sozialen Mischung der Kindergartengruppen betrachtet werden.

Herr Löwisch, Die Linke, fragt nach, wie viel Prozent der Eltern keine Antwort an die Verwaltung übersandt haben und aufgrund dessen der höchsten Einkommensstufe zugeordnet wurden.

Frau Krauel teilt mit, dass hierzu noch keine abschließenden Zahlen vorliegen. Ca. 2.500-3.000 Eltern müssen noch einmal an die Abgabe der Einkommenserklärung erinnert werden.

Herr Zimmermann, Deine Freunde, fragt den Petenten nach seiner Motivation für seine Eingabe. Zudem sei ihm nicht klar, warum die Verwaltung in der höchsten Stufe von den Betroffenen keine genaue Differenzierung der Einkommensverhältnisse verlange.

Der Petent erläutert, dass er mit seiner Petition mehr soziale Gerechtigkeit erreichen wolle.

Herr Dr. Höver führt aus, dass Datenerhebungen immer nach dem Grundsatz der Datensparsamkeit erfolgen. Wenn sie für den Bescheid nicht erforderlich sind, müssen sie unterbleiben.

Frau Dr. Herbers-Rauhut, CDU, schließt sich dem Vorschlag von Herrn Schneider an.

Herr Uckermann, pro Köln, spricht sich gegen die Petition aus und beantragt eine Verweisung in den Finanzausschuss.

Herr Kretschmer, Grüne, erinnert an die Argumentation der Verwaltung vor Einführung der jetzigen Einkommensstufen. Hier sei ebenfalls ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand angeführt worden.

Frau Domke, FDP, spricht sich für die Petition und die Verweisung in den Jugendhilfeausschuss aus.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss sieht aus Gerechtigkeitsgründen für eine weitere Differenzierung der Beitragstabelle zur Kindertagesbetreuung ein Erfordernis. Er bittet die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss entsprechende Unterlagen vorzulegen, damit er über eine Erweiterung der Einkommensstufen entscheiden kann.

Abstimmungsergebnisse:

Ergänzungsantrag von Herrn Uckermann, pro Köln (Verweisung in den Finanzausschuss):

Mehrheitlich gegen Herrn Uckermann, pro Köln, abgelehnt.

Ergänzungsantrag von Herrn Schneider, SPD (Verweisung in den Jugendhilfeausschuss):

Mehrheitlich gegen Herrn Uckermann, pro Köln, zugestimmt.

gez.

Thelen
Vorsitzender

gez.

Schmitz
Schriftführer